



**Pressemitteilung**

Bad Windsheim, 29. März 2010

*Kreisverband NEA der Bürgerinitiative „Etz langt's!“ reagiert auf Schreiben der Fraktionen:*

„Bad Windsheimer Stadtrat kapituliert ohne zu kämpfen“

*Erklärung als „mutlos“ bezeichnet – keine Transparenz – Kritik aus Ansbach: „Besser abstimmen!“*

Der Kreisverband Neustadt/Aisch-Bad windsheim (NEA) der Bürgerinitiative „Etz langt's!“ hat die von den Bürgermeister und Fraktionschefs des Bad Windsheimer Stadtrats unterschriebene Erklärung in einer ersten Reaktion als „mutlos“ bezeichnet: „Der Stadtrat kapituliert, bevor er begonnen hat, für die Lebensqualität und die Gesundheit der Bürger zu kämpfen“, waren sich Susanne Albang und Tanja Schwarz vom Sprecherrat des Kreisverbands NEA einig.

Anstatt Lösungswege der Lärmproblematik in öffentlicher Debatte zu suchen, haben einige wenige politisch Verantwortliche ein wenig aussagekräftiges Schreiben in Hinterzimmern aufgesetzt. Vielen Stadträten war der Inhalt des Schreibens der BI offensichtlich überhaupt nicht bekannt. „Transparenz und demokratische Entscheidungswege sehen anders aus“, moniert der Kreisverband. Erfreulich sei dagegen das Verhalten von SPD/UB-Rätin Petra Negendank, das beweise, dass nicht mehr alle kommunalen Volksvertreter bereit seien, sich zu Statisten degradieren zu lassen.

Die Quintessenz der Stadtrats-Reaktion ist überdies ein Signal in eine völlig falsche Richtung: Für Bürgermeister und Fraktionschefs ist die „Solidarität mit US-Soldaten im Kriegseinsatz“ –wie es im Schreiben heißt- scheinbar wichtiger als das Wohl der Bürger vor Ort. Dieser „Rütli-Schwur“ gegenüber der US-Armee blendet alle anderen Aspekte einer zukunftsfähigen Stadtentwicklungspolitik aus: „Die massive US-Präsenz ist auch ein Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung, gerade im Tourismus“, betonen Albang und Schwarz.

Kritik an der Haltung der Bad Windsheimer Stadtspitze kommt derweil auch aus Ansbach: Stimmen aus dem dortigen Stadtrat werten die Erklärung als „nicht gerade hilfreich für die fortgeschrittenen Bemühungen für den Schutz unserer Bürger vor US-Hubschrauberlärm“. Der Ansbacher Stadtrat hatte vor Jahresfrist einstimmig beschlossen, auf ein Nachtflugverbot und Überflugverbot von Wohngebieten zu drängen. Bürgermeister Ledertheil tue gut daran, sich künftig in dieser Angelegenheit besser mit seiner Amtskollegin in der Bezirkshauptstadt und Kommunen im Landkreis Ansbach abzustimmen. „Ein gemeinsames koordiniertes Vorgehen steigert die Chancen, die lärmgeplagte Bevölkerung spürbar zu entlasten.“

Der Kreisverband NEA will sich indes mit starken Kräften am Ostermarsch in Ansbach am 3. April beteiligen, um ein deutliches Zeichen für eine lebenswerte Region Westmittelfranken und eine zivile Zukunft zu setzen.

Gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher